

Koblenz

Ermittlungen gegen Bürgermeister eingestellt

Die Ermittlungen gegen 13 Bürgermeister wegen Verdachts der Vorteilsannahme von der Windkraft-Firmengruppe Provento sind eingestellt worden. Den Bürgermeistern konnte kein vorsätzliches Handeln nachgewiesen werden.



Windrad (Archiv)



Das teilte die Staatsanwaltschaft in Koblenz mit. Die rheinland-pfälzischen Kommunalpolitiker standen im Verdacht, dem Bau von Windkraftanlagen zugestimmt zu haben, weil sie von Provento finanzielle Unterstützung für Projekte und Vereine erhielten. Gegen weitere zwei Bürgermeister dauern die Ermittlungen allerdings noch an.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft zahlte Provento den Gemeinden auf der Grundlage von Verträgen Geld, das dann beispielsweise an die Freiwillige Feuerwehr gegangen oder auch in Projekte wie den Bau eines Fahrradweges geflossen sein soll. Die Verträge seien jedoch von den Rechtsämtern nicht beanstandet worden. Zudem seien sie zum Teil in öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretungen erörtert und gebilligt worden. Daher wurden die Ermittlungen jetzt eingestellt.

Auch Betrugsprozess macht Schlagzeilen

Die Firmengruppe Provento aus Koblenz plante, baute und betrieb Windkraftanlagen. Das Unternehmen war neben den Ermittlungen wegen Vorteilsannahme auch durch einen Betrugs-Prozess in die Schlagzeilen geraten. Seit Februar stehen drei frühere Verantwortliche von Provento vor dem Landgericht. Die Angeklagten im Alter zwischen 44 und 45 Jahren sollen unter anderem in rund 500 Fällen Anleger aus ganz Deutschland mit geschönten Angaben in Werbeprospekten zur Investition in Windparks geködert haben.

Letzte Änderung am: 19.03.2008, 11.25 Uhr